

9. November – Schicksalstag der Deutschen?

Das Gedenken an Ereignisse, die um die Zeitspanne runder Jahreszahlen zurückliegen, kann leicht zur ermüdenden Gewohnheit werden. Wer dieser Gefahr vorbeugen will, muß sich bei seinem Erinnern entschlossen auch den Fragen stellen, die jedes Ge-Denken-Wollen aus sich entläßt. In diesem Monat befinden wir uns ziemlich genau in der Mitte eines Zeitabschnitts von zwei Jahren, in dem sich Daten, die für bedeutsame Umbrüche oder Zäsuren in der jüngeren und jüngsten politischen Entwicklung unseres Landes stehen, bereits in auffälliger Weise gehäuft haben und auch weiterhin von neuem ins Gedächtnis drängen werden.

Im September des vergangenen Jahres hatten wir zunächst Anlaß, uns an den Beginn der Beratungen des Parlamentarischen Rates in Bonn im September 1948 zu erinnern. Die Würdigungen dieses Gremiums und seiner Tätigkeit, der Vorgeschichte seines Entstehens und der Umstände, unter denen es seine Arbeit zu verrichten hatte, verdienten noch weitere Verbreitung. Denn aus diesen Beratungen ging neun Monate später unser Grundgesetz hervor, das am Tag nach seiner Verabschiedung am 23. Mai 1949 in Kraft getreten und dessen fünfzigjähriges Jubiläum im Frühjahr dieses Jahres von allen Seiten ausführlich gewürdigt und zu Recht gefeiert worden ist.

In diesem Monat nun können und dürfen wir uns vor allem an den 9. November 1989 und damit an den Tag zurückerinnern, an dem sich vor zehn Jahren in Berlin und an den anderen Grenzen der „Deutschen Demokratischen Republik“ jene Mauer wieder geöffnet hat, die zuvor 28 Jahre lang die Teilung Deutschlands in brutaler und völkerrechtswidriger Weise sichtbar und spürbar gemacht hatte. Für die allermeisten von uns wird das – hoffentlich – Anlaß sein, sich von neuem die unbeschreibliche Freude ins Bewußtsein zu rufen, von der die Menschen in jenen Tagen erfüllt gewesen sind. (Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, schon vor jenem 9. November 1989 jemals den Ausruf „Wahnsinn“ als einen fast schon sprachlosen Ausdruck grenzenloser Freude und Begeisterung gehört zu haben, und ich habe ihn seitdem auch nie wieder so oft gehört wie in diesen Tagen in Berlin vor dem Brandenburger Tor und auf dem Kurfürstendamm.) Der Jahrestag der „Maueröffnung“ steht also nicht nur in zeitlicher Hinsicht in der Mitte jener angesprochenen Zweijahresphase. Er markiert zugleich einen der besonderen Höhepunkte in der Abfolge der Ereignisse, dessen Bedeutung für unsere jüngste Geschichte auch im Abstand eines Jahrzehnts zuallererst Anlaß zu freudigem Erinnern gibt.

Auch das kommende Jahr – nach der Meinung vieler ja schon das erste eines neuen Jahrhunderts – wird bekanntlich noch Gelegenheiten genug bieten, in der Rückschau erneut der positiven Entwicklung inne zu werden, die die Geschichte unseres Landes am Ende des alten Dezzenniums genommen hat. Am 18. März 2000 wird es zehn Jahre her sein, daß die Bürgerinnen und Bürger im östlichen Deutschlands nach fast 58 Jahren zum ersten Mal wieder in Freiheit ein Parlament wählen konnten. Am 1. Juli des kommenden Jahres wird, auch wenn die D-Mark inzwischen längst dem Euro zu weichen beginnt, ihrer Einführung auch in der DDR gedacht werden, mit der vor zehn Jahren der schwierige Prozeß der Entsorgung der in vier Jahrzehnten sozialistischer Mißwirtschaft unter der Verantwortung der SED aufgehäuften Altlasten beginnen konnte. Und am 3. Oktober 2000 wird es dann gelten, den zehnten Jahrestag der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in angemessener Weise zu feiern: eingedenk der historischen Bedeutung dieses Ereignisses, im Wissen um die vielen Bedingungsfaktoren, deren Zusammenkommen es dafür bedurfte, im Wissen aber auch um die große politische Leistung des damaligen Bundeskanzlers und seiner Regierung, ohne die die Bündelung dieser Faktoren nicht gelungen wäre – und schließlich eben erneut in der Erinnerung an die überwältigende Freude, die uns damals alle erfüllt hat. Die nachdenkliche Frage, was von dieser Freude eigentlich geblieben ist, ergibt sich dann von selbst.

Das Datum des 9. November ist also in diesem Jahr wahrlich Anlaß und guter Grund, die Gedanken zurück auf jenes Ereignis der Maueröffnung zu richten, die vor zehn Jahren nicht nur für die Menschen in der DDR, sondern für unser ganzes Land neue Chancen der Freiheit eröffnet hat. Es steht heuer zugleich in der zeitlichen Mitte der zu Beginn wenigstens kursorisch angesprochenen Reihe von Gedenktagen, die in den vergangenen wie in den kommenden zwölf Monaten gute Teile der öffentlichen Diskussion und vor allem den Tenor der Festreden geprägt haben und weiter prägen werden. Denn mit allen bisher erwähnten Ereignissen verbinden sich ja schließlich nahezu ausnahmslos positive Sachverhalte und Erinnerungen. Das Datum des 9. November gibt also in diesen Tagen zu Recht Anlaß zu freudiger Erinnerung.

Der 9. November – nicht immer ein Tag freudiger Erinnerung

Der 9. November 1999 bildet aber zugleich den vorläufigen Endpunkt einer nicht weniger zu bedenkenden Linie in der deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts, die ihrerseits vielfältige und keineswegs nur erfreuliche Assoziationen auslöst. Auf dieser Linie sind jeweils just an einem 9. November Ereignisse eingezeichnet, die zumindest in ihrer Mehrzahl von nicht geringerer Bedeutung für die Entfaltung und Pflege unseres politischen Bewußtseins sind als das bisher Bedachte.

Ohne jede Mystifikation kann man feststellen, daß mit dem Datum des 9. November in eigentümlicher Weise immer wieder schicksalträchtige Tage benannt sind, an denen sich für unser Volk Aufstieg oder Fall, fortschrittsträchtiger Erfolg oder beschämende Niederlage, ein großer Gewinn an neuer Freiheit oder aber ein schrecklicher Verlust an Recht und moralischer Integrität ereignet haben.

Der Umsturz im Spätherbst 1918 hat mit der Übergabe der Regierungsgeschäfte durch den amtierenden Reichskanzler Max von Baden an den Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert am 9. November seinen entscheidenden Höhepunkt. Unmittelbar danach verkündet Philipp Scheidemann das der Öffentlichkeit, gibt die Abdankung der Hohenzollern bekannt und läßt „die Republik“ hochleben. Er kommt damit der noch für den gleichen Tag bevorstehenden Ausrufung einer „sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht nur um Stunden zuvor.

Am 9. November 1923 versucht ein Mann namens Adolf Hitler einen rechtsradikalen Putsch, der jedoch am folgenden Tag zusammenbricht. Der Vorgang als solcher ist zwar aus heutiger Sicht gewiß nur von minderer Bedeutung. Als ein Warnsignal drohender Gefahr ist er damals aber offenbar kaum wahrgenommen worden.

Fünfzehn Jahre später ist der zuvor Verachtete längst an der Macht und läßt am 9. November 1938 in ganz Deutschland ein schreckliches Pogrom gegen die jüdischen Bürgerinnen und Bürger inszenieren. Die Synagogen brennen zum Auftakt einer brutalen Verfolgung, die schließlich mit der Ermordung von sechs Millionen Menschen in den Konzentrationslagern und mit der fast vollständigen Ausrottung des jüdischen Volkes im gesamten Herrschaftsbereich der nationalsozialistischen Diktatur endet.

Mit dem Datum des 9. November verbinden sich also keineswegs nur positive Erinnerungen, wie sie Anlaß zur freudigen Feier historischer Gedenktage sein dürfen. Der 9. November ist für uns Deutsche in der Vergangenheit auch ein Tag der Schande und des moralischen Bankrotts gewesen.

Es ist vielleicht eine Geschmacksfrage, ob man den 9. November angesichts dieser durchaus ambivalenten Häufung historischer Ereignisse als einen „Schicksalstag“ der Deutschen bezeichnen will. Wer sich bei dieser These vor falschen Implikationen zu hüten weiß – schließlich bleibt es dabei, daß das, was sich politisch ereignet, im Positiven wie im Negativen letztlich von Menschen bewirkt und also auch von ihnen zu verantworten ist –, wird aus ihr aber zumindest den richtigen Schluß ziehen, daß Geschichte allemal in einer spezifischen Weise zu *Antworten* herausfordert und in diesem Sinne auch „zu verantworten“ ist – und zwar keineswegs nur von den früher unmittelbar beteiligten und aktiv Handelnden, sondern auch von allen, die im Hinblick auf konkrete Ereignisse noch von der „Gnade der späten Geburt“ zehren oder schon einer Generation angehören, als deren Glieder sie die Vergangenheit nur noch im engeren Sinne als „Geschichte“ wahrzunehmen vermögen.

Auf diese Herausforderung haben wir noch keine verbindenden Antworten, die endgültig befriedigen könnten. Das zeigt eine lange Reihe von Vorgängen der jüngeren Vergangenheit: von den Reaktionen auf die semantische Problematik jener inzwischen fast vergessenen Rede Philipp Jennings bis hin zum Historikerstreit, von den noch immer offenen Fragen, die an die Friedenspreisrede Martin Walsers zu stellen sind und die über die Kontroverse zwischen ihm und Ignatz Bubis auch über dessen Tod hinaus fortwirken, und von den Motiven, die den letzteren mit veranlaßt haben, in Israel beerdigt werden zu wollen, bis hin zu der unerträglichen und unverzeihlichen Geschmacklosigkeit, sich gerade in den Tagen der allgemeinen Trauer um ihn zu rechtsextremistischen Kundgebungen zu versammeln.

Ich jedenfalls bekenne das Gefühl zu haben, am 9. November 1999 den 10. Jahrestag der Öffnung der Mauer in Berlin nicht völlig unbefangen und mit ungetrübter Freude feiern zu können, wenn ich mich nicht zugleich auch des 9. November 1938 zu erinnern versuche, der mir als damals Neunjährigem durchaus mit bestimmten Eindrücken im Gedächtnis ist. Ich habe an jenem Tag zum ersten Mal in meinem Leben ein großes Gebäude – die Synagoge nahe der Kaiserallee in Berlin-Wilmersdorf – lichterloh in Flammen stehen und meinen Vater, an dessen Hand ich stand, das erste Mal weinen sehen. Zugleich bin ich aber davon überzeugt, daß mit der Befangenheit, die uns die angemessene Erinnerung an den 9. November 1938 als einen Tag der Schande aufzwingt, zugleich die Unbefangenheit einhergehen kann, die uns ein freudiges Erinnern an den 9. November 1989 als einen Tag der neuen Freiheit unverkürzt ermöglicht. Ich verspüre, daß auch am 9. November die freudige Erinnerung an den Fall der Mauer vor zehn Jahren nicht alle anderen Erinnerungen vollständig überwuchern darf, die sich mit diesem Datum verbinden. Aber ich hielte es auch nicht für gerecht, wenn die Trauer, die jene anderen Erinnerungen bis heute in mir auslösen, die Freude verkürzen oder ganz und gar verdrängen würde, die ich beim Gedanken an den Tag der Maueröffnung und an die Eindrücke jener Tage in Berlin empfinde.

Die letzten Gedanken folgen nur scheinbar dem Duktus eines eher psychogrammatistischen Bekenntnisses. Zur Frage steht ein *objektives*, weit über die individuell-subjektiven Wahrnehmungen eines einzelnen hinausreichendes *Problem erster Ordnung*, vor dem – wenn nicht alles täuscht – jeder von uns immer von neuem steht, wenn es ihm nicht an der Fähigkeit oder am Willen zu einer selbstbewußten Existenz und damit zum verantwortlichen Umgang mit sich selbst mangelt. Zur Frage steht, ganz einfach und hochkomplex zugleich, wie wir mit der Geschichte des Volkes umgehen wollen, dem wir angehören, und die deshalb mit all ihren guten, großen und erfreulichen, nicht weniger aber auch mit ihren schrecklichen, schändlichen und beschämenden Seiten immer und ganz und gar auch *unsere* Geschichte ist. Der 9. November ist offenbar ein guter Anlaß, sich einmal mehr darüber Rechenschaft zu geben. Die Gründe für einen solchen

Versuch reichen freilich weiter und liegen, wenn wir unsere politische und gesellschaftliche Wirklichkeit betrachten, zuhauf.

Die Geschichte entläßt uns nicht

Der Ausgangspunkt liegt klar zutage. Die Geschichte entläßt uns nicht. Das Wort „entlassen“ hat freilich durchaus verschiedene, zum Teil sogar entgegengesetzte Sinndimensionen. Wer heutzutage entlassen wird, verliert seinen Arbeitsplatz. Wer heute dagegen *nicht* entlassen wird, behält Sicherheit und gewinnt neue Freiheit, und eine wesentliche Voraussetzung menschenwürdiger Existenz bleibt ihm bewahrt. Nicht entlassen zu werden, bringt also nicht nur Einengung und Begrenzung, sondern auch die Sicherung von Freiheit und die Eröffnung neuer Möglichkeiten. Und andererseits: Wer nicht entlassen wird, bleibt in Haft. Nicht entlassen zu werden, bedeutet in diesem Fall Fortdauer des Freiheitsentzugs, der Einschließung, der Begrenzung der Bewegungsfreiheit und also Gefangenschaft.

Aber hier geht es natürlich nicht um eine Begrenzung unserer materieller Ressourcen oder unserer *physischen* Bewegungsfreiheit. Zur Rede steht, ob die Geschichte uns nicht zwingend auferlegt, bestimmten Denkhaltungen zu widersagen – und ob sie uns nicht auf der anderen Seite bestimmte Denk- und Verhaltensweisen zwingend nahelegt. Von der Geschichte nicht entlassen zu sein, zwingt uns zunächst dazu, sie als die unsere anzunehmen. Wir können dieser Geschichte nämlich nicht wirklich entfliehen – auch jenen ihrer Seiten nicht, die wir mit Abscheu betrachten oder gar nicht wahrhaben wollen. Der Geschichte entfliehen zu wollen, hieße wohl letztlich, die Menschenwürde zu verletzen – die eigene zualtererst. Von der Geschichte nicht entlassen zu werden, zwingt uns aber auch dazu, in persönlicher Weise selbst *Haftung* im Hinblick auf die Gegenwart und auf die Zukunft zu übernehmen. Dieser Haftung entfliehen zu wollen, hieße letztlich wiederum, eine Chance auf menschenwürdige Existenz zu verspielen.

Daß alles, was zu meiner individuellen Lebensgeschichte gehört, mich auch in meinem Gewissen fordern und belasten kann, ist klar. Wie aber kann ich im Gewissen gebunden sein im Hinblick auf Ereignisse, die weit zurückliegen und ganz und gar außerhalb meiner individuellen Einwirkungsmöglichkeit gelegen haben? Persönliche, individuelle Schuld kann dann nicht in Frage stehen. Ist denn aber das Sprechen unseres Gewissens nicht eigentlich immer darauf gerichtet, *persönliche, individuelle* Schuld festzustellen oder uns vorbeugend vor einem persönlichen Schuldig-Werden zu warnen, weil wir einem anderem entweder schon etwas schuldig geblieben sind oder ihm gerade jetzt ein bestimmtes Tun oder Unterlassen schulden?

Jemandem „etwas schuldig“ zu sein, bedeutet ja nicht ohne weiteres, daß man sich auch schuldig gemacht hat. Der Begriff des Schuldens hat keineswegs zwin-

gend schon etwas mit strafrechtlicher oder moralischer Schuld zu tun. Ich hafte aber eben selbst im bürgerlichen Recht unter Umständen auch dann, wenn mir keinerlei Vorwurf gemacht werden kann – zum Beispiel, wenn ich für die Schulden eines anderen gebürgt habe. Unser Erinnern hat also auch etwas mit dem Gedanken des „Bürge-Seins“ und des „Sich-für-etwas-Verbürgen“ zu tun.

Von der Haftung zu neuer Freiheit

Gerade für das Gespräch mit den heute Jüngeren ist schließlich ein letzter Gedanke in diesem Zusammenhang wichtig. Ich erinnere mich noch deutlich an die leidenschaftlichen und manchmal zunächst quälenden Diskussionen in den ersten Jahren nach dem Krieg, in denen wir, die damals ganz Jungen, die innere Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit und mit der Generation unserer Eltern gesucht und dabei schließlich eine Art von innerer Befreiung erfahren haben, als wir nicht nur etwas mehr von der komplexen Wirklichkeit des Lebens in einer Diktatur, sondern auch den Unterschied zwischen Kollektivschuld einerseits und kollektiver Verantwortung andererseits zu begreifen begannen. Ohne diese Unterscheidung und ohne die Einsicht in ihre Legitimität hätten die meisten meiner Generation damals die unbeschreibliche geistige Verwirrung wohl nie hinter sich lassen und später vielleicht jene paradoxe Einheit von unbefangener Befangenheit und befangener Unbefangenheit lernen können, auf die es im Grund ankommt. Ich habe keine bessere Umschreibung für meine eigene Befindlichkeit in dieser Sache und für das, worum es nach meiner Überzeugung geht, als dieses scheinbare Paradoxon. Aber wenn man Auschwitz und Birkenau und die Rampe und die Gaskammer und die Verbrennungsöfen dort gesehen hat, ist man ja schon dankbar, überhaupt die Sprache wiedergefunden zu haben.

Die Geschichte entläßt uns nicht: Wer sich dieser Tatsache stellt, hat zunächst nichts zu lachen. Aber nur so und gerade so kann man aus der Geschichte lernen und aus solchem Sich-Selbst-Verhaftet-Sein-Lassen neue Orientierungen und neue Freiheit gewinnen. Daß die Geschichte uns nicht entläßt, ist eine bedrückende Tatsache. Wer sich dieser Tatsache stellt, ist aber in Wahrheit freier als der, der der Geschichte zu entfliehen versucht. Das Sich-Erinnern wird damit selbst zu einer Gewissenspflicht. Und es ist zugleich eine elementare Voraussetzung für die Erfahrung neuer Freiheit.

Die Mauer öffnet sich

Die Erfahrung dieses neuen Freiseins ist, das muß nun aber noch einmal vermerkt werden, natürlich keineswegs deckungsgleich mit den Wahrnehmungen der

neuen Freiheit, die am 9. November 1989 und in den Folgetagen den emotional bestimmenden Kernbestand des Denkens, Sprechens und Handelns der ostdeutschen Mitbürger ausgemacht haben. Schließlich hatte die Mauer, die nun plötzlich offen war, zuvor fast 30 Jahre lang 17 Millionen Menschen endgültig und scheinbar unwiderruflich ausgeschlossen aus der Lebenswelt ihrer Landsleute, die im anderen Teil Deutschlands schon mehr als vier Jahrzehnte die Privilegien demokratischer Freiheiten hatten genießen können – wie selbstverständlich oft und manchmal gedankenlos, ja bar jeden politischen Bewußtseins. Und dennoch hat die neue Freiheit, die aus der Erinnerung wächst, sehr wohl etwas mit der neuen Freiheit zu tun, die sich am 9. November 1989 in Deutschland aufgetan hat. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß das Gedenken an dieses Ereignis wirksam gelingt. Wer dieses jetzt feiern will, tut also gut daran, im Bewußtsein zu halten, wie leicht politische Freiheit wieder verlorengehen kann, wenn es erneut an der aus der Erinnerung erwachsenden Freiheit mangeln würde.

Wer das Glück gehabt hat, am Abend jenes 9. November vor zehn Jahren und in den darauf folgenden Tagen in Berlin gewesen zu sein – im Reichstag, unmittelbar an der Mauer, fand damals ein lange zuvor geplanter Kongreß zum Thema „40 Jahre Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ statt –, wird die Bilder und Eindrücke jener Tage und Nächte vor dem Brandenburger Tor und auf dem Kurfürstendamm nie vergessen. Im Medienzeitalter konnte ja aber auch ein ganzes Volk und eigentlich sogar die ganze Welt zu Teilnehmern werden. Nun jedoch – nach zehn Jahren – ist es fast schon wieder notwendig und in gewisser Weise sogar ein Gebot der Gerechtigkeit, nachhaltig an das Fest jener Tage und an die Freude zu erinnern, die damals nahezu alle Menschen in unserem Land und mit uns viele in der Welt erfüllt hat. Wir haben keinen Grund, uns des damaligen Überschwangs der Emotionen und der Freudentränen zu schämen, die geflossen sind.

Aber die Erinnerung daran weckt heute auch wieder Beklommenheit. Wir verspüren alle die dramatische Form von Ernüchterung, die die freudige Erinnerung zu verdrängen droht. Während wir damals fast wie in einem Trancezustand reagierten und glaubten, die Realität kaum noch fassen zu können, haben viele von uns heute das Gefühl, nunmehr von der Realität eingeholt, ja überholt worden zu sein. Zu den Folgen gehören gelegentlich eher dumpfe, an Resignation und Distanzierung grenzende Stimmungen hier und ein wachsendes Aufbäumen gegen vermeintliche Vereinnahmung, Verfremdung, Kolonialisierung und Ausbeutung dort. Was gibt es da jetzt noch festlich zu feiern?

Um eine begründete Antwort zu finden, müssen wir uns als erstes nüchtern fragen, wie nahe wir in jenen Tagen mit unseren Gefühlen und Stimmungen den damaligen Realitäten gewesen sind. Wir müssen uns aber ebenso nüchtern fragen, wie es sich damit heute verhält.

Die Realität annehmen

Unser Gedächtnis ist kurz. Wir neigen heute dazu, mit dem punktuellen Ereignis der Maueröffnung unmittelbar den Vorgang der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu assoziieren. Wenn wir ehrlich sind, würden aber wohl nur wenige von uns behaupten können, sie seien schon in jenen Novembertagen von der Gewißheit der unmittelbar bevorstehenden Wiedervereinigung überzeugt gewesen. Daß – wie das Grundgesetz es sagte – „das gesamte Deutsche Volk aufgefordert“ war, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, hat keineswegs immer unser aller Denken und Handeln bestimmt. Die Sichtung mancher Bekundungen und Zeugnisse aus der Zeit der Teilung läßt da oft eher auf Vorgänge des Verdrängens und Vergessens schließen. Deshalb gilt es vorläufig festzuhalten: Das, was am 9. November vor zehn Jahren den Kern der damaligen Realität ausmachte, war noch nicht die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Der Kern jener uns damals so unwirklich-überwältigenden, im wahrsten Sinn des Wortes nicht zu fassenden Realität war das millionenfache Erlebnis der *Freiheit*, war die Erfahrung, wie die Freiheit bejubelt wird, wenn ein Volk sie jahrzehntelang entbehrt hat.

Mehr als fünf Jahrzehnte erst brauner und dann roter Diktatur hatten unvermeidlich tiefe Spuren hinterlassen. Wem Freiheit über lange Zeit vorenthalten wird, der wird der Freiheit auch entwöhnt. Um so erstaunlicher und bewundernswerter ist die moralische und zugleich politische Leistung all derer gewesen, die in Ostdeutschland die Wende bewirkt haben. Die Teilnehmer an den berühmten Montagsdemonstrationen hatten fast bis zuletzt keine Sicherheiten. Ihr Freiheitsstreben hatte das volle Risiko bei sich, und der Mut, der sie zum aufrechten Gang befähigte, mag am Anfang oft genug auch Angst zur Begleiterin gehabt haben. Ist es da verwunderlich, daß die neugewonnene Freiheit dann von vielen wie ein Rausch erlebt wurde und daß wir alle uns davon haben anstecken lassen?

Aber das ist auch damals schon nur ein Teil der Realität gewesen. Denn es scheint mir ebenso wenig verwunderlich zu sein, daß sich vielfach nicht nur Ernüchterung, sondern auch Enttäuschung einstellte, als der Rausch verflogen war. Das gilt auch und nicht zuletzt im Hinblick auf die ökonomische Dimension. Das katastrophale Ausmaß der Verrottetheit des Wirtschaftssystems der DDR ist nur – und viel zu langsam – sichtbar geworden, und am 9. November 1989 ist kein Mensch auf die Idee gekommen, auch nur einen Gedanken auf diese Problematik zu verschwenden. Zur Wahrnehmung der Realität gehörte es dann aber bald, gewaltige öffentliche Transferleistungen als eine politische, ökonomische und moralische Notwendigkeit erkennen und akzeptieren zu müssen.

Bis heute und auch am 9. November muß man deshalb denen, die im Westen darüber kleinlich jammern, mit Nachdruck in Erinnerung rufen, daß die Menschen im Osten Deutschlands 40 Jahre lang die Teilung Deutschlands viel teurer

haben bezahlen müssen, als alles das wert ist, was wir jetzt nach der Wiedervereinigung gemeinsam aufzubringen haben. Und wir müssen vor allem mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß das, was jetzt zu bezahlen ist, nicht „Kosten der Einheit“ sind. In Wahrheit ist es die überaus schwierige, aber unvermeidliche Entsorgung der elenden Hinterlassenschaft des SED-Regimes, die diese Kosten verursacht. So gewiß wir nicht vergessen sollten, daß unter den 70 000 Montagsdemonstranten am 9. Oktober 1989 in Leipzig durchaus auch manches SED-Mitglied gewesen ist, so gewiß sollten wir die Sprecher der PDS auch an diesem 9. November wieder daran erinnern, daß es *ihre* Partei gewesen ist, die 1989/90 nichts als Schrott und Schulden hinterlassen und daß die Änderung des Vereinsnamens daran nichts geändert hat.

Wichtiger als der ökonomische Aspekt ist jedoch, daß sich bald manche gerade derjenigen, die am mutigsten vorangegangen waren und unter der Freiheit allemal mehr verstanden hatten als die verständliche Hoffnung auf freies Konsumieren und auf freies Reisen, sich nun an den realen Bedingungen eines freiheitlichen Gemeinwesens wundzureiben begannen. Der bekannte Satz der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley: „Wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen“ repräsentiert am deutlichsten die tragische Dimension der Erwartung, daß die politische Wende nun nach den lange erlittenen Ungerechtigkeiten auch die volle Verwirklichung von Gerechtigkeit bringen werde. Ist es nicht aber bis heute auch im Westen Deutschlands angezeigt, immer wieder darauf hinzuweisen, daß Politik auch in einem freien Land stets bestenfalls *Annäherungen* an die Gerechtigkeit erreichen, sie aber niemals in ihrer Vollkommenheit gewährleisten kann? Und selbst diese Annäherungen bedürfen des Rechtsstaats, der nicht nur eine unverzichtbare Vorbedingung, sondern selbst ein Element dieser Annäherung an die Gerechtigkeit ist.

Grund zum Klagen?

Bei vielen Menschen, die in der früheren DDR gelebt haben, hat das Empfinden, zugleich mit dem Gewinn neuer Freiheit aus den wirklichen oder vermeintlichen Sicherheiten ihrer früheren Existenz herausgefallen zu sein, zu einer starken Verunsicherung, zu Nostalgiegefühlen und zu einer inneren Abwehr gegenüber jedweder Art von westlicher Mentalität geführt, die ihrerseits dann der Kälte, der Arroganz und der Rücksichtslosigkeit verdächtigt wird. Was an diesen Empfindungen ist falsch, und was davon könnte jedenfalls durch bittere subjektive Erfahrungen gedeckt sein?

Den Menschen im Westen dagegen gelten die im Osten oft als ewig Unzufriedene, die jammern und klagen, ungeduldig Ansprüche stellen und der Vergangenheit zugewandt sind, die sie nostalgisch verklären, anstatt die Verbesserungen ih-

rer Situation anzuerkennen und sich entschlossen „an die Arbeit zu machen“. Was davon ist immerhin durch eigene punktuelle Wahrnehmungen einigermaßen gedeckt, und was davon ist ganz und gar unzutreffend? Wäre es nicht für beide Seiten wichtig, zunächst den vielschichtigen persönlichen Hintergrund vieler Klagen besser kennenzulernen und zu verstehen, bevor man sie beurteilt?

Vor wenigen Tagen meldete ein Meinungsforschungsinstitut, daß 40 Prozent der westdeutschen Bevölkerung angegeben hätten, bis heute noch nie in einem der neuen Bundesländer gewesen zu sein. Statt dessen haben wir auch im Westen überall die großen Klagemauern, an denen die versammelten Besitzstandswahrungsfunktionäre gebetsmühlenartig wiederholen, daß schon wieder die Axt an die Wurzel der Existenz der Ärmsten der Armen gelegt werde, sobald die Politik endlich auch nur die ersten Schritte zu einer dauerhaften Sicherung des längst überforderten Gesamtsystems zu gehen versucht. Werden da nicht manchmal auch alle, die immerhin eine Arbeit haben, unversehens zu den Ärmsten der Armen gerechnet? Kann man eigentlich den Tarifpartnern in Deutschland die Frage ersparen, wie sie es verantworten können, in den letzten Jahren bei manchen Gelegenheiten das System der Tarifhoheit wie ein Kartell auf dem Rücken der Arbeitslosen gehandhabt zu haben? Wie deutlich haben wir im Bewußtsein, daß die Arbeitslosenquote auf dem Gebiet der früheren DDR auch heute noch eineinhalb Mal so hoch ist wie im Westen und daß die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in den jungen Bundesländern immer noch deutlich unter denen ihrer Kollegen im Westen liegen?

So gibt es also nicht nur im östlichen Teil unseres Landes noch immer vieles zu vermitteln, das zu lernen mühsam war und ist. Den Medien fällt dabei eine enorm verantwortungsvolle Aufgabe zu, und man kann nicht sagen, daß alle, die dort Verantwortung tragen, dieser Aufgabe schon immer gerecht werden. Daß viele Menschen im Osten mit einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft und der Freiheit, die nicht nur Chancen, sondern auch Risiken enthält, noch immer nicht leicht zurechtkommen, kann nur den verwundern, der die von ihnen ertragene Unfreiheit nie selbst erlebt hat. Dies einmal mehr zu sagen, hat nichts mit der Rechtfertigung, wohl aber mit dem Verstehen-Wollen einer offensichtlich immer häufiger anzutreffenden Freiheitsunwilligkeit zu tun. Dafür hat es in den ersten Jahren nach der Wende und manchmal bis heute auch zu viele Menschen aus dem Westen gegeben, die im Osten schlechte Botschafter des neuen Systems freiheitlicher sozialökonomischer Ordnung gewesen sind.

Was hat sich gewendet?

Der 9. November 1989 ist ein Tag der Wende gewesen. Was sich da gewendet hat, ist in vieler Hinsicht leicht auszumachen. Es war vor allem die Wende von einem

Leben in Unfreiheit hin zu einem Leben in Freiheit, die dieser Tag für 17 Millionen Menschen in Deutschland gebracht hat, und wir haben allen Anlaß, uns dessen zu erinnern und diesen Tag der *Wende* auch als einen Tag der *Freiheit* zu begehen, der dem Tag der Einheit nicht nur zeitlich vorausgegangen ist. In dieser Erinnerung könnte sich dann für uns auch etwas von jener befangen-unbefangenen Freiheit erneuern, deren es bedarf, um einen 9. November ohne Beklommenheit auch als einen Festtag zu begehen.

Die Frage, was sich für uns selbst gewendet hat, bleibt uns dennoch nicht erspart. Im Westen müssen wir uns wohl immer wieder neu mit dem Gedanken auseinandersetzen, daß unsere Landsleute im Osten uns vielleicht doch „eine Wende voraushaben“. Wenn unser ganzes Volk dem weiteren Einigungsprozeß gemeinsam mit neuer, weiter wachsender Hoffnung entgegengehen soll, muß jedenfalls aus den Emotionen der Solidarität, die vor zehn Jahren eine gewaltige Schubkraft zu entfalten schienen, in der Zukunft von neuem ein rational unterfüttertes Solidaritätsbewußtsein hervorgehen. Zugegebenermaßen ist hier auch und nicht zuletzt die Politik herausgefordert. Sie muß frei von den Illusionen der Vergangenheit, an den harten Realitäten der Gegenwart orientiert und vom Willen zur Verfassung geprägt die für die Förderung des Gemeinwohls jetzt erforderlichen Entscheidungen fällen und durchsetzen. Ohne den solidarischen Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger wird sie das freilich kaum schaffen können.